Bericht

des

Bundesrathes an die hohe Bundesversammlung, betreffend
den Rekurs der luzernischen Gemeinde Grosswangen.

(Vom 28. November 1878.)

Tit.!

Der Ständerath hat mit Beschluß vom 19. Juni dieses Jahres eine Beschwerde der Gemeinde Grosswangen, Kantons Luzern, gegen die Vollziehung unseres Entscheides vom 3. Januar 1877, betreffend die Einbürgerung einer Familie Albisser, uns zum Berichte überwiesen. Wir haben die Ehre, diesem Auftrage hiermit nachzukommen.

Zwischen den Kantonen Wallis und Luzern entstand ein Konflikt über das Heimatrecht einer in Sitten wohnenden Familie Albisser, welcher in Anwendung von Artikel 1 und 3 des Bundesgesetzes über die Heimatlosigkeit vom 3. Dezember 1850 von uns zum Austrag gebracht werden mußte.

Die bezügliche Untersuchung ergab, daß im Anfange dieses Jahrhunderts ein Joseph Albisser in Sitten seinen Wohnsitz nahm. Er legitimirte sich mit einem in Original vorliegenden Heimatschein, datirt 4. August 1802, wodurch Präsident und Mitglieder der Municipalität Wangen, Distrikt Willisau, Kantons Luzern, bezeugten, daß sie Joseph Albisser, welcher Willens sei, sich auswärts aufzuhalten, mit Weib und Kind als ihre Gemeindeangehörigen allezeit anerkennen und aufnehmen werden. Nachdem die Frau gestorben,

verehelichte sich Joseph Albisser zum zweiten Mal in Sitten am 12. August 1812. Aus dieser Ehe gieng ein Sohn hervor, welcher am 23. Mai 1813 in Sitten auf die Namen Joseph Franz Xaver getauft wurde, am 22. Juni 1842 in Savièse mit Margaritha Raynard sich verehelichte und zwei Kinder erzeugte, nämlich :

1. Maria Katharina, getauft in Savièse am 10. Dezember 1845, und

2. Joseph Xaver, getauft am 21. Februar 1848, ebenfalls zu Savièse.

Nachdem Joseph Albisser und die Frau seines Sohnes Joseph Franz Xaver Albisser gestorben waren, handelte es sich nur noch um das Heimatrecht des letztern, sowie seines Sohnes und seiner Tochter.

Gestützt auf ihre eheliche Abstammung von einem Bürger des Kantons Luzern, und in Anwendung der Artikel 1 und 3, und Artikel 11, Ziffer 1, sowie von Artikel 12, Ziffer 1 des erwähnten Bundesgesetzes, faßten wir nun am 3. Januar 1877 den Beschluß, es sei der Kanton Luzern verpflichtet, den genannten drei Personen das Kantonsbürgerrecht zu ertheilen und ein Gemeindebürgerrecht zu verschaffen. Gleichzeitig wurde gemäß Bundesbeschluß vom 29. Juli 1857 (Amtl. Samml., Bd. V, S. 575, Ziff. 5) der Regierung des Kantons Luzern eine Frist von dreißig Tagen eingeräumt, um über die Anerkennung oder Nichtanerkennung dieses Beschlusses sich auszusprechen und im Falle der Nichtanerkennung denjenigen Kanton zu bezeichnen, welcher nebst dem Kanton Luzern vor dem Bundesgerichte zu belangen wäre, Alles in der Meinung, daß durch unbenutzten Ablauf jener Frist dieser Beschluß in Rechtskraft erwachsen werde. (Art. 9 des Bundesgesetzes über die Heimatlosigkeit.)

Auf bezügliches Ansuchen der Regierung von Luzern wurde am 29. Januar 1877 die Frist um weitere dreißig Tage verlängert, jedoch unter Androhung der gleichen Rechtsfolge, im Falle dieser letztere Termin unbenutzt ablaufen sollte.

Da keinerlei Einsprache erfolgte, so erklärten wir unterm 28. März 1877 den Beschluß vom 3. Januar in Rechtskraft erwachsen, und luden die Regierung des Kantons Luzern ein, denselben zu vollziehen durch Uebersendung der nöthigen Heimatscheine an die Regierung des Kantons Wallis.

Es handelt sich nun gegenwärtig um die Art der Vollziehung des Entscheides vom 3. Januar 1877. Daß wir zu dem Erlasse desselben kompetent gewesen, wird von Niemanden angezweifelt.

Auch kann angesichts des klaren Wortlautes der Artikel 3 und 14 des Bundesgesetzes über die Heimatlosigkeit unsere Pflicht, für die Vollziehung solcher rechtskräftiger Einbürgerungsbeschlüsse zu sorgen, nicht beanstandet werden. Es liegt bloß in Frage, ob wir bei der Vollziehung dieses Beschlusses im Spezialfalle den Art. 3 des erwähnten Bundesgesetzes richtig anwenden oder nicht.

Es ergibt sich nämlich, daß Joseph Albisser, welcher 1802 nach dem Kanton Wallis auswanderte, dem sogenannten Steuerbriefe *) Großwangen angehörte, und daß dieser Verband gegenwärtig in sieben Gemeinden aufgelöst ist, nämlich in die Gemeinden Großwangen, Buttisholz, Oberkirch, Mauensee, Kottwil, Ettiswil und Menznau. Diese Gemeinden schlossen nun am 3. August 1877 eine Uebereinkunft, womit die drei Personen, welche Gegenstand unseres Entscheides bilden, als Bürger der alten Steuerbriefgemeinde Großwangen anerkannt werden, und der Gemeinderath von Großwangen beauftragt wird, im Namen derselben jenen Personen die erforderlichen bürgerrechtlichen Schriften auszustellen, sie nöthigenfalls zu unterstützen und überhaupt alle jene Handlungen vorzunehmen, welche der heimatlichen Behörde zustehen. Die kontrahirenden Gemeinden verpflichten sich, allfällige Auslagen für die Familie Albisser zu ersezen. Dagegen soll jede Gemeinde berechtigt sein, zu jeder Zeit die Vertheilung der Familie Albisser auf die einzelnen Gemeinden zu verlangen.

Wir konnten jedoch diese Uebereinkunft nicht als Einbürgerung der fraglichen Personen in einer bestimmten Gemeinde gemäß Art. 3 des Bundesgesetzes über die Heimatlosigkeit anerkennen. Dieses ist der Grund, weshalb die Gemeinde Großwangen für sich und im Namen der andern beteiligten Gemeinden sich veranlaßt sah, diejenige Beschwerde an die Bundesversammlung zu richten, welche uns vom Ständerathe zum Berichte überwiesen wurde.

Die Beschwerdeführer machen jetzt nachträglich geltend, es liege hier kein Heimatlosenfall vor, indem wir in dem Einbürgerungsentscheide selbst anerkannt haben, daß Joseph Albisser ein Bürger von Großwangen gewesen, und daß die jetzt lebenden Nachkommen aus gültigen Ehen abstammen, also ebenfalls dieser Gemeinde angehören. Das Bundesgesetz über die Heimatlosigkeit finde daher auf die Vollziehung unseres Entscheides keine Anwendung.

*) (Steuerverband, — Vereinigung verschiedener Gemeinden im Steuer- [Armen-] und Militärwesen.)

Diesem Einwande gegenüber kann lediglich darauf hingewiesen werden, daß das Begehren der Walliser Behörden um Anerkennung der Familie Albisser sowohl von der Gemeinde Großwangen, als auch von der Regierung des Kantons Luzern gerade aus dem Grunde abgelehnt worden war, weil der Heimatschein von 1802 außer Kraft getreten sei, indem er nach alter Verordnung nicht länger als zwölf Jahre gültig gewesen. Joseph Albisser habe daher sowohl in Folge dieser Verordnung, als auch in Folge seiner zweiten, im Widerspruch mit der Luzernischen Gesetzgebung vollzogenen Ehe, das Heimatrecht im Kanton Luzern verloren, und es habe deßhalb sein aus dieser Ehe hervorgegangener Sohn keinen Anspruch an dieses Heimatrecht. Da nun der Kanton Wallis diese Personen ebenfalls nicht anerkannte, so waren sie im Sinne von Art. 1 des Bundesgesetzes heimatlos, und es mußte nach Maßgabe dieses Gesetzes von uns ein Heimatrecht für sie ausgemittelt werden. Das ganze Verfahren fand daher in den Formen des Heimatlosenprozesses statt, wogegen von keiner Seite Einsprache erhoben wurde, wie denn auch nach den Vorschriften des Bundesgesetzes und in Uebereinstimmung mit der konstanten Praxis eine solche Einsprache nicht statthaft gewesen wäre. Es muß daher die Erledigung dieser Angelegenheit nach dem gleichen Verfahren zu Ende geführt werden.

Die Beschwerdeführer machen jedoch geltend, daß wenn auch das Bundesgesetz Anwendung fände, demselben bereits ein Genüge geleistet wäre. Nachdem nämlich die Regierung des Kantons Luzern unsern Beschluß nicht rekurriert, sondern das Luzernische Bürgerrecht der Familie Albisser anerkannt habe, so stehe es ihr zu, ein Gemeindebürgerrecht für die letztere auszumitteln. Sie erkläre aber, mit dem erwähnten Uebereinkommen befriedigt zu sein. Es sei auch überhaupt nicht nöthig, für die Familie Albisser eine bestimmte Gemeinde festzustellen, denn mit der Anerkennung derselben als Bürger der alten Steuerbriefgemeinde Großwangen genieße sie das Bürgerrecht der ganzen jetzt noch bestehenden Gemeinde Großwangen und sodann der oben genannten sechs andern Gemeinden, soweit die letztern vor 1820 zum alten Steuerbrief Großwangen gehört haben. Zudem sei es nach dem Luzernischen Bürgerrechtsgesetze vom 13. Juni 1832 zulässig, daß Jemand in mehreren Gemeinden Bürger sei.

Hierauf haben wir zu entgegnen, daß für die Art der Vollziehung unserer rechtskräftig gewordenen Einbürgerungsbeschlüsse keineswegs die Ansichten der Kantonsregierungen entscheidend sind. Wenn auch allerdings die Ausmittlung der Gemeindebürgerrechte ihnen zusteht, so haben sie doch nach Art. 14 des Bundesgesetzes

über die Heimatlosigkeit innerhalb Jahresfrist über die geschehene Einbürgerung bei uns sich auszuweisen. Es steht daher selbstverständlich uns eine Kontrolle zu, denn der Gesetzgeber wollte eine einheitliche und richtige Vollziehung des Gesetzes sichern. Von diesem Standpunkte aus können wir in der Vereinbarung vom 3. August 1877 keineswegs eine gehörige Einbürgerung erblicken. Nach der klaren Vorschrift von Art. 3 des Bundesgesetzes vom 3. Dezember 1850 besteht die Einbürgerung der Heimatlosen in zwei bestimmten Aufgaben: in der Feststellung des Kantonsbürgerrechtes und in der Ausmittlung eines Gemeindebürgerrechtes. Im vorliegenden Falle ist der erste Theil erfüllt. Was den zweiten Theil betrifft, so ist gemäß Art. 3, Ziff. 1 des gleichen Bundesgesetzes nur bezüglich des Vaters Franz Xaver Albisser eine Ausnahme gestattet, indem er über 60 Jahre alt ist. Dagegen muß nach der klaren Vorschrift des gleichen Art. 3 für dessen Sohn und Tochter ein **G e m e i n d e b ü r g e r r e c h t** ausgemittelt werden. Das ist bis jetzt nicht geschehen, und kann überhaupt auf dem Wege des oft erwähnten Uebereinkommens nicht geschehen, indem, wie aus diesem Aktenstücke selbst hervorgeht und von den Rekurrenten zugestanden ist, die Vertheilung der fraglichen Personen auf bestimmte Gemeinden vorbehalten bleibt, also gerade dasselbe, was gesetzlich jetzt geschehen sollte, auf spätere Zeit verschoben wird. Es kann auch in der That nicht anders sein, da der Steuerbrief Großwangen verfassungsgemäß nicht mehr besteht, sondern in sieben Gemeinden aufgelöst ist, die gegenwärtig allein der staatlichen Organisation des Kantons Luzern entsprechen, und nicht nur selbstständige Administration besitzen, sondern sogar zu zwei verschiedenen Aemtern und sechs verschiedenen Wahlkreisen gehören. Der auf diese Weise durch gesetzliche Akte zerrissene Steuerbrief Großwangen kann auch durch Verträge unter den Gemeinden, die ihn gebildet haben, nicht wieder hergestellt werden. Sie können wohl civilrechtliche Verbindlichkeiten unter sich stipuliren, nicht aber ein Organ schaffen, das dem Staatsrechte des Kantons Luzern angehören müßte, um als Gemeinde anerkannt zu werden. In Wahrheit hat auch die vorliegende Uebereinkunft keinen andern Inhalt, als einen privatrechtlichen. Die Vollziehung des Bundesgesetzes über die Heimatlosigkeit ist aber eine Aufgabe des öffentlichen Rechtes und muß daher auch im Kanton Luzern, wie in allen andern Kantonen, dem gegenwärtigen öffentlichen Rechtszustande entsprechen. Ob es wahr sei, was die Petenten andeuten, daß im Kanton Luzern auch an andern Orten noch ähnliche Verhältnisse vorkommen, wie sie es hier fortpflanzen wollen, wissen wir nicht. Wir glauben aber, daß eine allfällige Beschwerde von bethelligter Seite in keinem andern Sinne entschieden werden könnte. Es hat (unter Vorbehalt

des in Ziffer 1 von Art. 3 des Bundesgesetzes vorgesehenen Falles) jeder Schweizer das Recht, Gemeindegürger zu sein, und die Kantone haben die Pflicht, ihren Kantonsangehörigen ein Gemeindegürgerrecht zu verschaffen. In diesem Sinne ist das Bundesgesetz gegenüber allen andern Kantonen angewendet worden, und es muß auch im Spezialfalle um so mehr in gleichem Sinne angewendet werden, als die Familie Albisser, wenn sie zur Zeit der Auflösung des alten Steuerbriefes Großwangen im Kanton Luzern gewesen wäre, damals schon selbstverständlich eine bestimmte Gemeinde hätte erhalten müssen.

Empfangen Sie, Tit., die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Bern, den 28. November 1878.

Im Namen des schweiz. Bundesrathes:

Der Bundespräsident:

Schenk.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:

Schiess.

Erneuerter Bericht

des

Bundesrathes an die hohe Bundesversammlung, betreffend
die Sicherstellung der Eisenbahnkrankenkassen u. s. w.

(Vom 29. November 1878.)

Tit.!

Bei Behandlung der in der genannten Sache am 6. Juni dieses Jahres vom Bundesrath beschlossenen Berichterstattung haben Sie denselben zu einem erneuerten Bericht im Laufe der bevorstehenden Dezembersession eingeladen.

In Erledigung dieser Einladung beehren wir uns, Ihnen folgende Mittheilungen zu machen:

Nach den seither eingegangenen neuen Aufstellungen der Bahnverwaltungen stellt sich der Betrag der Krankenkassen bei den schweizerischen Eisenbahnverwaltungen und der von den Beamten und Angestellten derselben hinterlegten Baarkautionen, sowie die Ausscheidung dieser Gelder von dem resp. Gesellschaftsvermögen folgendermaßen:

Bericht des Bundesrathes an die hohe Bundesversammlung, betreffend den Rekurs der luzernischen Gemeinde Grosswangen. (Vom 28. November 1878.)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1878
Année	
Anno	
Band	4
Volume	
Volume	
Heft	54
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	07.12.1878
Date	
Data	
Seite	367-373
Page	
Pagina	
Ref. No	10 010 155

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.